

## Protokoll

**über die Bürgerversammlung am Mittwoch, dem 29. Januar 2014, um 19.30 Uhr, in den Gemeinschaftsräumen bzw. der Halle der Altenstadthalle zum Thema Ortsumgehung Altstadt**

Es waren anwesend:

Herr Jürgen Seitz, Vorsitzender der Gemeindevertretung  
Herr Norbert Syguda, Bürgermeister  
Herr Heiß, Herr Kosancic, Herr Biczysko, Hessen Mobil Gelnhausen  
Herr Schäfer, Herr Redeker, NaturProfil, Friedberg  
Frau Bethke, Herr Häuser, Dorsch Consult, Wiesbaden  
Herr Hahn, RegioConsult in Marburg im Auftrag des BUND  
Herr Volker Elbert, Gemeinde Altstadt, FB Bauen und Umwelt (Protokollant)

Besucher: ca. 450

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Seitz, eröffnet die Bürgerversammlung um 19.30 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Nach kurzer Einleitung zu dem Thema der Bürgerversammlung „Ortsumgehung Altstadt“ übergibt er das Wort an Herrn Heiß von HessenMobil.

Herr Heiß erläutert, dass die Ortsumgehung Altstadt 2005 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen wurde und die Vorplanung abgeschlossen ist. Sollte die Gemeinde Altstadt der Vorzugsvariante im Süden zustimmen, wird danach erst der Vorentwurf erstellt und dort bzw. bei den folgenden Planungsschritten die Detailfragen geklärt. Fragen können auch direkt bei Hessen Mobil oder bei der Gemeinde zur Weiterleitung an Hessen Mobil gestellt werden.

Herr Redeker und Herr Schäfer von NaturProfil beginnen mit den Ausführungen zur Aufstellung der Umweltverträglichkeitsstudie für die Trassenfindung der OU Altstadt.

Da die Raumkapazität für den Besucherandrang nicht ausreicht, wird die Veranstaltung für ca. 25 Minuten unterbrochen und im ersten Drittel der Halle fortgesetzt.

Herr Redeker setzt seinen Vortrag fort und erläutert ausführlich die Umweltverträglichkeitsstudie, die in 2006 begonnen wurde. Die Präsentation wird als Anlage dem Protokoll beigelegt und auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

Frau Bethke von Dorsch Consult stellt in ihrem Vortrag die Verkehrsplanung mit Lärmkarte und Feinstaubbelastung da. Demnach besteht nur ein Problem mit den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerten beim Lärm, falls die landwirtschaftliche Halle in der Nähe des Emmahofes einer anderen Nutzung zugeführt wird. Die Präsentation wird als Anlage dem Protokoll beigelegt und auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

Herr Hahn, RegioConsult, erklärt, dass er vom BUND beauftragt wurde, eine Analyse und Bewertung der Ortsumgehung Altstadt durchzuführen. Demnach sind die

Prognosen für das Jahr 2020, die auf eine Verkehrszählung von 2005 basieren, zu alt und im Vergleich zur Straßenverkehrszählung 2010 zu hoch angesetzt. Auch dieser Vortrag wird als Anlage dem Protokoll beigefügt und auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

Herr Reinboth fragt, ob auf Grund der alten Zahlen die Notwendigkeit der Ortsumgehung komplett zu überprüfen ist.

Herr Hahn antwortet, dass im Rahmen der Neuaufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplanes 2015 alle Maßnahmen, für die kein Baurecht vorliegt, überprüft werden.

Herr Heiß, Hessen Mobil, antwortet, dass im Rahmen des nächsten Planungsschrittes ( = Vorentwurf ) die Verkehrsuntersuchung sowieso aktualisiert wird.

Frau Johann, fragt, wer für Schäden bei einer möglichen Steigung der Überschwemmungsgrenzen durch den Bau der Ortsumgehung gegenüber dem Grundstückseigentümer haftet.

Herr Heiß, antwortet, dass im Rahmen der nächsten Planungsschritte der wegfallende Retentionsraum ( = Stauraum ) genau ermittelt wird und entsprechende Staufläche in diesem Bereich geschaffen werden muss. Die Straße hat somit keine negativen Auswirkungen auf die jetzigen Überschwemmungsgrenzen.

Frau Lipp bittet Herrn Hahn um Präzisierung der angedeuteten Alternativen für eine Ortsumgehung Altstadt.

Herr Hahn, sieht hier eine nördliche Umfahrung der Waldsiedlung, eine Verknüpfung mit der OU Limeshain ( gemeint ist hier Hainchen ), eine Lenkung des überörtlichen Verkehrs über die OU-Kette B3 und eine Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrt Altstadt.

Auf die Frage, ob der Schwerverkehr von der Ortsdurchfahrt Altstadt ferngehalten werden kann, antwortet Herr Heiß, dass dies nicht möglich ist, gerade Bundesstraßen sind für Schwerverkehre vorgesehen.

Herr Hedtke spricht sich in einer ausführlichen Stellungnahme gegen die Ortsumgehung aus.

Auf die Frage nach der Rad- und Fußwegführung erklärt Herr Heiß, dass in den nächsten Planungsschritten ein Konzept hierfür erstellt wird. Selbstverständlich werden die Belange berücksichtigt. In der jetzigen Voruntersuchungsphase kann dies noch nicht der Fall sein.

Herr Ventulett, Fraktionsvorsitzender der Grünen, bemängelt hierzu das Schreiben des Gemeindevorstandes / Bauamt zum möglichen Verzicht auf die dafür vorgesehenen Brückenbauwerke im Bereich des Niddersteges und Lämmchesgraben. Generell spricht er sich gegen die Ortsumgehung aus.

Herr Stehr als Vorsitzender des Gewerbevereins erklärt, dass der Vorstand des Gewerbevereins sich gegen die Ortsumgehung ausgesprochen hat, der Gewerbeverein als Gesamtverein eine neutrale Haltung vertreten wird. Es wird jedoch auf die negativen Auswirkungen für die Geschäfte in der OD hingewiesen. Die ausführliche Stellungnahme kann auf der Homepage des Gewerbevereins (<http://www.gewerbeverein-altenstadt.de/aktuelles.html>) eingesehen werden.

Herr Neumann, Vertreter BUND Altenstadt, erläutert ausführlich seine negative Haltung zum geplanten Bau der Ortsumgehung.

Herr Kehne weist daraufhin, dass auf die Gemeinde Kosten wegen der Übernahme der neuen Brücken über die Bundesstraße sowie der Rückstufung der Bundesstraße nach dem Bau der OU zukommen werden.

Herr Jungkind, NABU Altenstadt, spricht sich auch im Namen des NABUs des Wetteraukreises gegen die Ortsumgehung aus und kündigt bereits jetzt an, dass sie rechtliche Schritte bei einer positiven Entscheidung für die OU einleiten werden.

Auf die Frage von Herrn Voss antwortet Herr Heiß, dass nach der jetzigen Voruntersuchung als nächster Schritt die Vorentwurfsplanung ansteht. Bei einer positiven Entscheidung der Gemeindevertretung für die vorgeschlagene Vorzugsvariante werden Gespräche mit dem Auftraggeber ( Bundesministerium, Landesministerium ) über die weiteren Planungsschritte geführt. Sollte sich die Gemeinde gegen die Vorzugsvariante entscheiden wird voraussichtlich die Planung der Ortsumgehung eingestellt. Der Bund wird keine Planung gegen den Willen der Gemeinde durchführen.

Auf die Frage, ob es möglich ist, dass bei Mautstrecken auf Bundesstraße in dem umgebenden Netz die B 521 als Ausweichstrecke von dem Schwerlastverkehr genutzt würde, antwortet Herr Hahn, das er das in einem solchen Fall ( = keine Maut auf der B 521 ) nicht ausschließen kann.

Auf die Frage, ob Hessen Mobil Alternativen zur OU untersucht, antwortet Herr Heiß, dass es zur Zeit keinen Auftrag vom Bund bzw. Land für solche alternative Untersuchungen gibt.

Herr Messerschmidt-Holzappel spricht sich, obwohl er als Landwirt direkt betroffen ist, durch den zunehmenden Verkehr, der z. B. durch das neue Gewerbegebiet an der BAB-Anschlussstelle Hammersbach sich noch verstärken wird, für eine OU aus.

Herr Urbanek, Fraktionsvorsitzender der FWG, spricht sich aufgrund des PKW-Verkehrsaufkommens sowie des Schwerlastverkehrs und des Zulieferverkehrs zum Bioenergiezentrum für die OU aus. Nach seinen Beobachtungen fließt auch sehr viel Schwerlastverkehr durch Altenstadt in Richtung Frankfurt bzw. in entgegengesetzter Richtung.

Ende der Bürgerversammlung: 22:40 Uhr

Altenstadt, den 30. Januar 2014

- Elbert -  
Protokollant